

Medium Handelsblatt

Datum 9. November 2006

Auflage 141.565

Think Tanks hoffen auf private Stifter

Von Andreas Rinke, Berlin

Es war alles andere als Zufall, dass die Bundeskanzlerin ihre europapolitische Grundsatzrede gestern im neuen Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hielt. Denn Angela Merkel lenkte damit die Aufmerksamkeit auf die jüngste private Spende für die noch recht bescheidene außenpolitische Community in Berlin. Die Stiftung Alfred von Oppenheim habe die Gründung des Zentrums mit zwei Wissenschaftlerstellen durch eine zunächst auf fünf Jahre befristete Zuwendung möglich gemacht.

Die Spende verstärkt den Trend, dass zunehmend privates Kapital an die noch vergleichsweise kleinen deutschen Think Tanks fließt, die sich mit außenpolitischen Themen beschäftigen. Auch die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) verfügt erstmals über einen Wissenschaftler, der von einem Unternehmen, dem Energieversorger EnBW, finanziert wird. Daneben gibt es einen Förderkreis, etwa für Stipendien.

„Die Situation in Berlin ist aber mit der etwa in Washington überhaupt nicht vergleichbar“, meint SWP-Direktor Volker Perthes. Dort tummeln sich zahllose große Einrichtungen, die die breite außenpolitische Debatte in der US-Hauptstadt mit ihren Studien vorantreiben. Zwar gibt es in Berlin die Parteistiftungen und Einrichtungen wie das Institut für Europäische Politik (IEP) oder die Europäische Akademie Berlin (EAB). Aber klassische Think Tanks, die politiknahe und wissenschaftliche Arbeit verbinden, sind auf deutscher Seite vor allem die SWP und die DGAP.

„Wir hoffen deshalb natürlich, dass das Engagement der Familien Oppenheim Vorbildcharakter auch für andere hat“, sagt DGAP-Präsident Arend Oetker. „Da Deutschland außenpolitisch eine wichtigere Rolle spielt, muss man sich fragen, ob es richtig ist, immer nur auf Studien aus anderen Ländern zurückzugreifen“, fügt Perthes hinzu. Während die SWP sich zu 90 Prozent aus Bundeszuschüssen finanziert, geht die DGAP einen anderen Weg. 75 Prozent ihrer Mittel kommen aus privaten Zuwendungen, 25 Prozent steuert das Auswärtige Amt bei.

In Deutschland fehlt aber noch die Kultur eines breiten Sponsorings auch von Think Tanks. „In den Vereinigten Staaten ist es üblich, dass große Konzerne sechs-, manchmal siebenstelligen Summen zur Verfügung stellen“, meint Perthes. Im Gegenzug würden dann Gebäude oder Fellowships nach den Spendern benannt. Wie

clipping

erfolgreich das Einwerben von privatem Geld aber auch in Berlin sein kann, demonstriert die American Academy, die sich vor allem mit den transatlantischen Beziehungen beschäftigt. Die letzte Seite ihres „Berlin Journal“ offenbart dabei die Größenordnung: Allein 14 Firmen oder Einrichtungen haben seit September 2005 mehr als 100.000 Dollar gespendet. Zudem sind neun feste Wissenschaftlerstellen gestiftet worden.

Anders als die größere SWP, die sich vor allem als wissenschaftlich fundiertes Beratungsinstrument für die Regierung versteht, sieht sich die DGAP – neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit – stärker als Plattform für den außenpolitischen Austausch. „Wir haben im Jahr 250 Veranstaltungen in Berlin, Bonn und künftig auch in München oder Hamburg“, betont Oetker. Die Gesellschaft sei ein wichtiges Bindeglied auch zur Vermittlung von Außenpolitik, die nicht nur in Bundestagsdebatten stattfinden dürfe.

Dass mit dem privaten Geld nicht nur die Namensgebung, sondern auch Einfluss verbunden wird, weisen sowohl Oetker als auch Perthes zurück. „Ich habe in meinen beiden Jahren als DGAP-Präsident keine solchen Erfahrung gemacht“, betont Oetker. Und Perthes unterstreicht, dass auch EnBW keinen Einfluss auf die wissenschaftliche Arbeit hat.

Ganz unproblematisch ist das Verhältnis privater Sponsoren zu den Think Tanks allerdings nicht immer. Als die SWP vor zwei Jahren eine kritische Studie über das transatlantische Rüstungsprojekt Meads veröffentlichte, kündigte das betroffene Unternehmen EADS seine Mitgliedschaft im Förderverein.